

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Zeitungsbüchlein und in allen Buchhandlungen

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreise monatlich drei Mark 20 Pf. (halbmonatlich 1 Mark 10 Pf.) durch die Post bezogen monatlich 3 Mark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-21 / Geschäftsstelle u. Expedition: Mühlentorstr. 2 / Fernsprecher: 17 239 / Postfach Dresden Nr. 18 699, Dresdner Verlagsgesellschaft
Schriftleitung: Dresden-21, Mühlentorstr. 2 / Fernspr. Mühlentorstr. 17 239 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gebaltene Normzeile oder deren Raum 0,30 Mark, für Familienanzeigen 0,20 Mark. Für die Restzeile einschließlich an den dreifachen Teil einer Tageszeitung 1,50 Mark. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-21, Mühlentorstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Bezahlung besteht kein Anspruch auf Vorkauf der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang Dresden, Montag, den 19. Dezember 1927 Nummer 294

Verwirrungsmanöver im Ruhrkampf

Die Arbeiter lehnen ab — Reformisten sabotieren Kampfbereitungen

Die Opposition fordert Streik

Essen, 19. Dez. (Eig. Drahtbericht.)

Die Gewerkschaftskonferenzen, die gestern im Ruhrgebiet stattgefunden haben, zeigten eine starke Kampfschloffenheit der Arbeiterschaft. Gleichzeitig zeigten die Konferenzen aber mit aller Deutlichkeit, daß die Gewerkschaftsbureaucratie entschlossen ist, den Kampf abzumürgen, um der Arbeiterschaft eine neue Niederlage zu bereiten.

In den meisten Generalversammlungen in Herne und Wattencheid sprach sich die Arbeiterschaft für die Ausnahme des Streikes aus, auch dann, wenn der Schiedspruch für verbindlich erklärt werden sollte. In den Delegierten-Versammlungen gelang es jedoch den Reformisten, mit Hilfe ihrer Täuschungsmanöver ihre Resolution zur Annahme zu bringen. Alle Delegiertenversammlungen waren sehr stark besucht. Anwesend war neben Wolf der Vorsitzende des DMB Reichs. Die ordnungsgemäße Zusammenlegung der Konferenz wurde stark bezweifelt, da bekannt war, daß in den einzelnen Ortsverwaltungen die Wahl der Delegierten nicht von den Mitgliedern erfolgte, sondern von der Ortsverwaltung bestimmt worden waren. Es wurde die Resolution der Reformisten mit 75 gegen 16 Stimmen angenommen.

Die Opposition beantragte, daß der Streik trotz Verbindlichkeitsklärung durchgeführt werden solle. Nach Ablehnung ihrer Resolution beantragte die Opposition darüber hinaus durch Wahlstimmung die Metallarbeiterchaft entscheiden zu lassen. Dieser Antrag wurde von Wolf nicht zur Berlesung und nur die Resolution der Reformisten zur Abstimmung gebracht. Sie lehnt den Schiedspruch als unannehmbar ab, ohne den Arbeitern einen weiteren Weg zu zeigen.

Nach dem Bericht der Tesunion beauftragt die Entschließung der Reformisten die Gewerkschaftsführer, alles (!) zu tun, um a) den Schiedsbeginn der Thomas- und Martinwerke und der dazu gehörigen Walzstragen (späterzulegen), b) eine weitere angemessene Erhöhung der Tariflöhne herbeizuführen, c) die lange Laufdauer des Lohnschiedspruches zu verkürzen und d) klarzustellen, daß die Arbeiter in den Hochöfen und Röhrenfabriken der Bessemerwerke ab 1. Januar 1928 die dreigestufige Achtstundenschicht zu beanspruchen haben.

Damit ist die Bahn zu einem Kompromiß freigemacht. Die Reformisten haben nun die Gelegenheit, bei den heute in Berlin beginnenden Verhandlungen über eine eventuelle Verbindlichkeitsklärung nach einigen kleineren Zugeständnissen den Kampf um den Achtstundentag und Lohn-erhöhung abzubrechen.

Die Christen haben auf der gestern in Mülheim stattgefundenen Konferenz den Schiedspruch über die Arbeitszeit mit 63 gegen 45 Stimmen angenommen und den Lohnschiedspruch abgelehnt.

Starke Opposition in den Funktionärkonferenzen

(Von unserem Berichterstatter.)

Wochum, 17. Dezember. Eine starkbesuchte Funktionärkonferenz des DMB Wochum nahm Stellung zum Schiedspruch. Die Opposition verlangte den Streik am 2. Januar auch bei Verbindlichkeitsklärung. Im selben Sinne äußerten sich zwei SPD-Redner. Sogar der sozialdemokratische Betriebsratsvorsitzende des Wochumer Vereins forderte die Kampfaufnahme und enthielt sich bei der Resolutionsabstimmung der Stimme. Allenfalls wurde von den Oppositionsrednern über die Frage Erregung unter den Belegschaften berichtet. Der Referent der Ortsverwaltung erklärte den Forderungen der Opposition gegenüber, daß es nicht Aufgabe der Funktionäre sei, Beschlüsse zu fassen, sondern das sei der großen Lohnkommission bzw. der Delegiertenkonferenz überlassen. Deshalb könne er auch über die Resolution der Opposition nicht abstimmen. Delegierte zur Delegiertenkonferenz seien im Anfang des Jahres gewählt worden, so daß sich jetzt eine Wahl erübrige. Die Entschließung der Reformisten, die den Schiedspruch ablehnt, aber jede konkrete Aufforderung zum Kampf unterläßt, wurde schließlich mit 51 gegen 26 Stimmen angenommen. Gegenüber dem sonstigen Kräfteverhältnis zwischen Reformisten und Opposition müssen die abgegebenen 26 Stimmen der Opposition als eine starke Minderheit bezeichnet

werden, bereits eine Folge des durch die Metallarbeiter ausgeübten Drucks auf die reformistischen Funktionäre. Gleichzeitig läßt aber das Verhalten der Reformisten in der Funktionärversammlung darauf schließen, daß die am Sonntag stattfindende Delegiertenkonferenz so zusammengesetzt ist, und durchaus nicht den Willen der zum Kampf bereiten Metallarbeiter zum Ausdruck bringt. Deshalb ist die sofortige Mobilisierung der Belegschaften das Gebot der Stunde.

Auf der gleichzeitig in Essen tagenden Funktionärversammlung wurde beschlossen, keinerlei Äußerungen an die Presse gehen zu lassen. Diese Geheimnisthümerie verstärkt den Verdacht, daß die Delegiertenversammlung, zusammengesetzt, allein beschließen soll, ohne daß die Mitglieder vorher klaren Wein eingeschenkt bekommen.

Die Unternehmer lehnen ab!

Düsseldorf, 17. Dezember.

Die Unternehmer der Schwerindustrie haben, wie hier bekannt wird, die beiden Schiedsprüche über Lohn und Arbeitszeit abgelehnt.

In der Begründung zu der Ablehnung der Unternehmer erklären die Kapitalisten, daß der Schiedspruch über die Arbeitszeit eine für die Industrie untragbare Belastung ergeben würde und eine Minderung der Produktion zur Folge habe. Der generellen Lohnerhöhung könne unter keinen Umständen zugestimmt werden. Der Ausfall an Lohn für die Verkürzung der Arbeitszeit müßte auf jeden Fall von den Arbeitern getragen werden. Es befände die Befürchtung, daß die Verdoppelung der Löhnerhöhung sich nicht nur auf den Bezirk beschränken werde, sondern sich auch auf die übrigen Bezirke ausdehne. Die Lohn-erhöhung würde erneut eine Teuerungswelle heraufbeschwören.

Das Massaker in Kanton

Die Raube der Konterrevolutionäre

Aus Kanton, Hongkong und Shanghai wird von massenhaften Hinrichtungen von Arbeitern, Bauern und Studenten gemeldet. Die imperialistische Presse in Shanghai, voran die englische „North China Daily News“, hebt zu nachschärflicher Verfolgungen und warnt davor, sich nun in dem Glauben zu wagen, daß die Gefahr weiter zurückzuführen sei. Sie weist darauf hin, daß die revolutionären Kräfte fortgesetzt verstärkt werden durch die Bauernaufstände außerhalb des Reiches der Hüfen und der imperialistischen Kriegsschiffe. Sie gibt ferner den chinesischen Generalen der Kuomintang den Rat, sich zu vereinigen und eine große Antikommunistenarmee (!) zu schaffen, die nicht nur in den Städten, sondern gleichzeitig auf dem Lande die rebellischen Bauern unterdrückt. Tschangschai hat inzwischen auf die Erklärung der Auflösung aller Konsulate und Handelsagenturen Sowjetlands eine Erklärung folgen lassen, in der er mitteilt, daß eine neue Orientierung der Außenpolitik an die Vertragsmächte, England, Japan und Amerika, in der Kuomintang herrschen müsse, wenn man der Gefahr weiterer Kämpfe mit Erfolg begegnen wolle.

Aus Kanton wird von der Ermordung des Konsulats der Sowjetunion, der Verhaftung, Mißhandlung von zahlreichen Konsulatsbeamten mitgeteilt. Ueber das furchtbare Massaker, das die Konterrevolutionäre unter den Revolutionären anrichteten, läßt sich das Berliner Tageblatt von seinem Sonderkorrespondenten melden, daß jetzt nach in den Straßen Kantons über 2000 erschlagene Kommunisten liegen. Täglich kommt es zu neuen Kommunistschergen und zu neuen Märkten.

Die Kuomintang und ihre Generale zeigen „in dieser blutigen Raube und dieser offenen Verungung an die imperialistischen Mächte um Hilfe den unterdrückten Massen Chinas auf deutliche an, in welchen Diensten sie stehen. Der kantonische Zustand hat die Front der Revolution und Konterrevolution in China scharf in zwei Lager getrennt, und die Wirkung dessen kann die Position der Kuomintang im chinesischen Volk nur noch mehr erschüttern.

Die Volkszeitung „antwortet“

R.R. Der erste Ton, den die Dresdner Volkszeitung auf unsere Artikel „Klassenkampf oder Arbeiterverwirrung“ antwortet, ist eine Beschimpfung: „Kommunistenblättern-Stilbeneit der hiesigen kommunistischen Arbeiterstimme“. Das charakterisiert das Niveau. Edel schmeint auch nicht persönlich, so daß wir nicht wissen, ob wir die Ehre haben, uns mit Obel selbst, oder der Redaktion der Volkszeitung auseinanderzusetzen. Aber was antwortet die Volkszeitung? Geht sie mit einem Wort auf unsere Fragen ein? Nicht eine Silbe. Sie schweigt sich aus über alle von uns ausgeführten Handlungen, die die SPD als Verblüdete des Bürgeriums beging. Anstatt auf unsere Grundfragen zu antworten, erklärt die Volkszeitung, wir wären also Behauptungen auf und schreibt:

„Man kann natürlich nicht verlangen, daß wir tausendmal widerlegte unsinnige Redensarten noch einmal widerlegen.“

Was ist denn widerlegt, was sind denn unsinnige Redensarten? Haben die Sozialdemokraten nicht für das Ermächtigungsgesetz gestimmt? Haben sie nicht dem 10prozentigen Steuerzuschlag zugestimmt? Haben sie nicht für das Betriebsratsgesetz gestimmt, das eine Waffe für die Unternehmer darstellt? Hat nicht Ebert den Reichswehrmarsch nach Sachsen zugelassen und hat nicht die Reichswehr die SPD den Generalfreist gegen diesen Einmarsch abgelehnt, den Proteststreik sabotiert? Wir können noch mehr fragen. War die SPD nicht für die Fürstenabstimmung? Hat sie nicht in Preußen und im Reich zugestimmt? Weshalb antwortet die Volkszeitung nicht konkret? — Weil sie nichts zu antworten hat, weil jedes Kind in Deutschland die von uns festgestellten Tatsachen nachprüfen könnte. Man kann die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz nicht bestreiten, nicht bestreiten die Zustimmung zum Steuerzuschlag, nicht bestreiten unsere Feststellung zu all den anderen Fragen. Weshalb schweigt die Volkszeitung zu unseren Feststellungen zu der Verwirrung, die die Volkszeitung selbst in der Frage des Hüttenarbeiterkampfes anzukämpfen verurteilt, wo sie den Arbeitern in schreiender Ueberricht erzählt, daß das Dreifachsystem gesichert sei, und wo sie sich in ihrem Eifer, den Kampfwillen abzukämpfen, die Verwirrung zu proklamieren, ein wenig übernommen hat? Weshalb antwortet sie auf konkrete Feststellungen wieder mit eklektischen Redensarten? Jeder denkende Arbeiter wird fühlen, daß das eine politische Bankrottierung ist. Die SPD kann nicht wagen, ihre Politik offen zu verteidigen, deswegen versucht sie Ablenkungsmanöver.

Die Volkszeitung erklärt, wir schimpfen. Nun, darüber lassen wir die Arbeiter entscheiden, die unsere Artikel gelesen haben, aber man kann Betrug nicht anders nennen wie Betrug. Ob

bewußt oder unbewußt: eine Politik, die die Arbeiter vom Klassenkampf abhält, ist Betrug. Diese Politik den Arbeitern aber noch als Klassenkampf hinstellen, ist Betrug und — nicht unbewußt.

Auch über diese unsere Feststellung gleitet die Volkszeitung hinweg mit der Bemerkung: „auch darüber erübrigt sich eine Erklärung.“ Die Volkszeitung mag doch wohl kaum, anzunehmen, daß die Arbeiter das für eine genügende Erklärung ansehen. Denn der Vorwurf, daß eine politische Partei bewußten Betrug begehe, ist sicherlich ein sehr schwerer. Die Volkszeitung macht aber nicht den leisesten Versuch, diesen Vorwurf zu widerlegen, sondern legt die Betrugsmasche fort.

Die Volkszeitung überschreibt ihren Artikel „Die kommunistische Einheitsfront, ihre Theorie und ihre Praxis.“ In dem Artikel sucht man aber vergeblich nach einer Kritik oder einer Stellungnahme zu unserer Theorie und Praxis. Genau so wenig, wie wir dies in der Rede von Obel finden konnten.

Statt dessen antwortet man mit einem ellenlangen Stroh über die Auseinandersetzungen in der russischen kommunistischen Partei. Die Volkszeitung sagt, kann haben wir nichts geschrieben, gleichzeitig bekräftigt sie aber, daß an unseren Artikel angeschlossen war ein Bericht über den Moskauer Parteitag, der sich mit diesen Fragen beschäftigt.

Wir haben sicherlich keine Ursache, über diese Auseinandersetzung mit der Opposition zu schweigen, wir haben alles Interesse daran, die Fragen zu klären. Daß die SPD auch ein besonderes Interesse an diesen Vorgängen hat, ist verständlich; hoffen doch die Konterrevolutionäre aller Länder jetzt auf die Opposition, um über sie in Rußland eindringen zu können.

Anstatt uns auf unsere konkreten Fragen konkret zu antworten, stellt die Volkszeitung den Satz auf: „Diese Auseinandersetzungen (in Rußland) beweisen viel nachhaltiger, als es irgend ein sozialdemokratischer Redner vermöchte, daß die kommunistischen Parteien von der Entwicklung selbst ab abzuwenden geführt werden.“ Dann erklärt die Volkszeitung, die kommunistische Propaganda erweist sich in Rußland als „wirklichkeitsfremd.“ Die Entwicklung in Sowjetrußland zeigt jedem Arbeiter, was ab abzuwenden geführt wird, zeigt jedem Arbeiter, was „wirklichkeitsfremd“ ist. Seit 10 Jahren lehnen die Sozialdemokraten, daß die Sowjetunion zugrunde geht. Trotz dieses Gelächers steht die Sowjetunion fest und entwickelt sich voran. Was dann die Volkszeitung über die Politik Stalins schreibt, daß die Verleugung, durch Konfessionen an Bayern und Bourgeoisie die Sowjetmacht zu behaupten, nur zu problematisch seien, das sind im Grunde die Ausführungen Trotskis und der Opposition, reichlich rein, übernommen und überzogen